SPERRFRIST, 29.2.2024 - 19 Uhr

Etatrede 2024

Eckart Grundmann

Anrede,

Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch an die Etatrede unserer Fraktion aus dem vergangenen Jahr? Melanie Vogel und ich haben unmissverständliche Kritik an unserem Herrn Bürgermeister geübt. Doch haben wir bei aller Schärfe versucht, die kritischen Worte anhand konkreter Sachverhalte zu belegen. Und wir haben im Nachgang zu dieser Rede gute Gespräche mit dem Bürgermeister führen können. Nach unserer Wahrnehmung hat sich die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr wieder deutlich verbessert, Verwaltungsspitze und Grüne Fraktion haben sich angenähert, sind in einen förderlichen Dialog getreten. Dieses Fazit bestärkt uns darin, auch weiterhin konstruktive Kritik zu üben, wenn wir Verbesserungsbedarf sehen.

In vielen Bereichen stellt sich heute weniger die Frage nach der Positionierung der Verwaltung, als vielmehr die Frage nach der Positionierung der CDU. Ist die hiesige christdemokratische Fraktion in der Lage, die drängenden Fragen der Zeit zu erkennen und zeitgemäße Antworten darauf zu finden? Allzu oft scheint es, dass man diese Frage verneinen muss. (Ich komme gleich beim Thema Klimaschutz noch einmal darauf zurück).

Erinnern Sie sich noch? Seit 15 Jahren ist in NRW die Kammeralistik Geschichte. Sie wurde im Zuge des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) durch die Doppik ersetzt, ergänzt um Produkte, die ein Budget bilden. Wir haben 6 solcher Budgets. Warum erzähle ich das? Diese Finanzarchitektur ermöglicht es der Verwaltung, Ein- und Ausgaben vergleichsweise einfach zu verschieben (Gebührenhaushalte sind davon natürlich ausgenommen). Damit soll Verwaltungshandeln einfacher werden. Der Kämmerer spricht hier von wechselseitiger Deckungsfähigkeit. Daher ist die Art und Weise der Etatberatungen, getriggert insbesondere durch die Mehrheitsfraktion, schlichtweg anachronistisch. Der Etat wird akribisch Zeile um Zeile durchkämmt, die Ausgabenhöhe jeder einzelnen Position hinterfragt. Aber am Ende des Tages spielen diese Teilbeträge keine große Rolle, Stichwort Deckungsfähigkeit! Ich bewundere den Fleiß unseres Kämmerers, mit der akribisch gepflegten und verwalteten FAQ-Liste den Wissensdurst der Ratsmitglieder zu stillen. Ich ziehe meinen Hut: Herr Heitkamp, Sie haben dieses Beratungsverfahren mit dem Hilfsmittel FAQ-Liste sehr effizient gelöst. Ich frage Sie aber alle in dieser Runde: Ist diese Form der Beratung auch effektiv? Was kommt am Ende dabei herum? Das NKF mit seiner flexiblen Ausgabenführung wurde doch gerade deshalb eingeführt, damit sich die Politik nicht in kleinteiligen Zahlendrehereien verliert, sondern sich auf die wesentlichen Entscheidungen fokussiert. Ich wünschte mir, dass wir hier im Lüdinghauser Rat künftig gemeinsam ein modernes Verständnis der Arbeit am und mit dem Haushalt entwickeln. Vielleicht wären gemeinsame Fortbildungen ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen?

Digitalisierung und Transformation

Diese beiden Begriffe sind in aller Munde, und das zu Recht. Denn ohne den konsequenten Umbau – also der Transformation – unserer Wirtschaft und unseres gesamten Gesellschaftslebens hin zu „net zero“, also Null CO_2-Emissionen, werden wir als

Menschheit nicht überleben können. 50 Unternehmen der Stiftung Klima Wirtschaft – etwa Thyssenkrupp, Telekom, IKEA, aber auch GLS-Bank oder die Naturstrom AG – stellen sich hinter dieses Ziel. Sie fordern aber auch effizientere Prozesse sowie weniger Bürokratie bei Bund, Ländern und Kommunen. In dem Apell vom 27.1.2024 heißt es u.a. wörtlich: „Wir müssen in eine vollumfänglich digitalisierte Verwaltung und in gut ausgebildete Fachkräfte in den zuständigen Behörden investieren. Genehmigungsprozesse und Fördermaßnahmen müssen in allen Bereichen beschleunigt, vereinheitlicht und vereinfacht werden.“ Dieser Herausforderung müssen wir uns auch in Lüdinghausen stellen. Der vom Bürgermeister ins Spiel gebrachte und vom Rat verabschiedete „Klimakonsens 2032“ kann da nur ein erster Schritt sein. Und bei der Digitalisierung ist unverändert noch sehr viel Luft nach oben!

Umwelt- und Klimaschutz

Nehmen wir das Thema Klimaschutz in all seinen unterschiedlichen Facetten.

Der Antrag unserer Fraktion auf Etablierung eines ökologischen Grünflächenkonzepts und Grünflächenmanagements wurde reflexartig und pauschal abgelehnt. Ein solches Verhalten ist in der Sache schlichtweg nicht nachvollziehbar. Wir hätten in der Sitzung des Umweltausschusses zumindest erwartet, zu einem Kompromiss zu kommen, zumal das Thema ökologische Vielfalt an sich ja nicht kontrovers diskutiert wurde.

Oder aber das Klimaschutzkonzept und insbesondere die Frage des Controllings. Nein, hier kann keine Fraktion hingehen und nach Belieben Festsetzungen treffen, wie in der jüngsten UBKM-Sitzung geschehen. Hier muss schon den Vorgaben des Fördermittelgebers Rechnung getragen werden. Bei DEM zentralen Zukunfts- und Überlebensthema Klimaschutz scheinen uns in diesem Hause leider immer noch Welten zu trennen.

Kommunaler Wärmeplan: Prima, dass dieser jetzt auf den Weg gebracht und mit nahezu 100.000 Euro auch auskömmlich finanziert ist. Unser Antrag im vergangenen Jahr wurde ja leider noch abgelehnt. Wie sagt der Volksmund: Gut Ding will Weile haben.

Umso erfreulicher werten wir daher das Signal, dass im Endspurt der Etatberatungen von der Mehrheitsfraktion in unserer Richtung gesendet worden ist: Das „Produkt Klimaschutz“ wird wie von der Verwaltung vorgeschlagen mit Mitteln in Höhe von ca. 200.000 EUR ausgestattet. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahresansatz um immerhin 18 Prozent. Und es wird nicht - wie von der CDU zunächst beabsichtigt - gekürzt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir uns eine höhere Finanzausstattung gewünscht hätten, um den im Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Betrag in Höhe von 100.000 Euro für Förderprogramme entsprechen zu können. Aber wir akzeptieren, dass vor dem Hintergrund des geringer werdenden Finanzspielraums nicht alle Wünsche erfüllt werden können, insbesondere wenn es um kommunale Förderprogramme geht.

Nach dem neuen EEG können sich die Kommunen künftig 0,2 Euro-Cent je kWh Wind- bzw. Freiflächen-PV-Strom von den Anlagenbetreibern auf ihrem Gemeindegebiet holen. Die Betreiber erhalten dann das Geld vom Bund zurück. Lüdinghausen kann also in diesem Jahr mit rund 50.000 Euro aus dieser neuen Quelle rechnen. Wir

finden, dass Lüdinghausen dieses Geld in eine Betreibergesellschaft für Erneuerbare-Energien-Anlagen investieren soll. So lässt sich das Engagement in diesem Bereich kontinuierlich vergrößern und die Einnahmenseite des Etats wächst so von Jahr zu Jahr.

Melanie Vogel

Kommen wir zum Haushalt und der Finanzpolitik

Normalerweise ergeht sich unsere Verwaltung jedes Jahr zur gleichen Zeit in ein wohlbekanntes Wehklagen über die Endlichkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, der prekären wirtschaftlichen Situation und des drohenden Finanzkollaps.

Die Jahresergebnisse zeigen aber seit vielen Jahren, dass trotz-prognostizierten Defizits und Schwarzmalerei der Haushalt i.d.R. mit einem Überschuss abschließen konnte und die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen werden musste. Wir Grünen weisen seit Jahren auf diesen Umstand hin. Wir haben an dieser Art der Berechnung immer Kritik geübt - weil sie einfach nicht realistisch war. Die Verwaltungsspitze hat das als ungerechtfertigte Kritik an Mitarbeitenden abgebügelt.

Wer jetzt aber den Silvester Klassiker im Kopf hat:

“Same procedure as every year”

der irrt sich. Endlich wurde uns dieses Jahr von der Verwaltung ein beherzterer Etatentwurf vorgelegt mit den Worten: gut für die Menschen, gut für die Zukunft, gut für Lüdinghausen und Seppenrade. Auch das Wehklagen war leiser.

Außerdem freuen wir uns, dass in diesem Jahr der Ansatz für die Gewerbesteuer näher an den Vergangenheitswerten liegt. –Worüber wir rätseln: Treibt die Verwaltung die blanke Not, das erwartete Defizit des Haushaltsplans nicht noch höher ausfallen zu lassen oder etwa die Erkenntnis, genauer und damit transparenter planen zu müssen?

Dennoch sehen wir Grünen, dass die Verwaltung in vielen Bereichen auch unsere Wünsche und Anregungen aufgenommen hat. Es gibt zentrale, wichtige Maßnahmen für eine solidarische Stadtgesellschaft und wir erkennen an, dass mit diesem Entwurf ein Schritt in die richtige Richtung gegangen wird. Wir sehen mehr Mut zur Investition in die richtigen Bereiche, wie etwa in Beteiligungsgesellschaften.

Aber wir betrachten diesen Haushalt auch mit Argusaugen – Papier ist geduldig

Wenn die Handlungen nicht den Worten entsprechen, hat man nichts zu sagen.

Aber bleiben wir vorerst direkt beim Haushalt und seiner Einnahmen- und Ausgabenseite.

Schon lange ist der Haushalt unserer Stadt unterfinanziert. Während die Ausgabenseite durch externe Anforderungen und höhere Personalausgaben belastet wird, haben sich die Verwaltung und die sie stützende Mehrheit in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf der Einnahmenseite auf gute Gewerbesteuerergebnisse und die

Einnahmen aus dem Verkauf von Baugrundstücken verlassen. Bisher ging diese Rechnung auf und auch jetzt erreichte die Gewerbesteuereinnahme einen Rekordwert von 17 Millionen Euro. Dass es den Gewerbetreibenden vor Ort sehr gut geht und diese Gewinne verbuchen konnten, ist sehr gut. Sich aber als Stadt völlig abhängig von dem Erfolg der lokalen Betriebe zu machen hat nichts mit einer nachhaltigen Finanzpolitik zu tun. Es ist höchste Zeit, die Einnahmen zu diversifizieren und unabhängiger von diesen Strukturen zu werden. Nur so können wir langfristig die finanzielle Stabilität und Entwicklung unserer Stadt gewährleisten. Wir begrüßen daher das Vorgehen und Streben des Bürgermeisters sich dieser Schieflage, der CDU getriebenen Politik der letzten Jahrzehnte, endlich anzunehmen.

Was die Steuern betrifft, so ist es erfreulich zu sehen, dass Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger vorerst vermieden werden. Etwas was wir Grünen gefordert haben, um die hohe Inflation nicht weiter anzuheizen.

Ob der Weg einer nachhaltigeren Finanzpolitik wie angekündigt auch umgesetzt wird?

Wir werden es sehen!

Verwaltungshandeln

Ein weiter Punkt, den wir in der Vergangenheit regelmäßig kritisiert haben, ist, dass das Verwaltungshandeln nicht transparent genug gewesen ist. Da stellt sich die Frage: hat sich daran etwas geändert? Zunächst möchte ich betonen, dass wir Grünen eine transparente Kommunikation und breite Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen für einen wesentlichen Bestandteil einer demokratischen Verwaltung halten.

In einigen Bereichen können wir bei der Verwaltung schon Fortschritte sehen. Dennoch gibt es weiterhin Verbesserungspotenzial, insbesondere in Bezug auf eine umfassende Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Politik. Gerade bei der Burg Wolfsberg hätten wir uns gewünscht, dass vor der Beauftragung eines Gutachtens die Politik mit eingebunden worden wäre, gerade weil aus dem politischen Raum in den letzten Jahren immer wieder Initiativen und großes Interesse gegeben hatte. Wir halten ein solches Vorgehen für ein wenig instinktlos und erhoffen uns gerade bei diesem sensiblen Thema mehr Transparenz und Teilhabe. Noch immer ist nicht klar, inwieweit die Verwaltung mehr macht, als alle paar Wochen zu lüften, wie soll die Bausubstanz dann gesichert werden?

Hier ist die Informationslage dürftig, aber auch da wurde uns zugesagt, in diesem Jahr einen großen Schritt voranzukommen.

Wir behalten das im Auge!

Wohnungspolitik

Eine weitere wichtige Herausforderung ist die Schaffung von Mietwohnraum. Die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft, wie von uns im letzten Jahr gefordert, hätte dazu beitragen können, einiges an Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken und sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Nach der Ablehnung des Antrags von SPD und uns Grünen, auf dem Seppenrader und Lüdinghauser Wohnungsmarkt mit einer Wohnungsbaugesellschaft aktiv zu werden, gibt es weiterhin nicht viele Lichtblicke und vertane Chancen. Um die Wohnungsnot in Lüdinghausen und Seppenrade zu lindern, braucht es aber maximale Ausnutzung von Flächen für Wohnungen. Und auch die Nachrichten von privaten Bauträgern lassen nichts Gutes erwarten: große Projekte in Seppenrade werden abgesagt, weil Zinsen und gestiegene Baukosten Käufer und Bauunternehmen gleichermaßen stranguliert haben. Substanziell hat sich für Mieter und Käufer im vergangenen Jahr nicht viel geändert - nur der Mangel an Wohnraum ist größer geworden.

Auch die Diskussionen um eine angebrachte Unterbringung von Geflüchteten zeigt die Notwendigkeit, hier nicht nur notdürftige Zwischenlösungen zu finden, sondern sich diesem Thema mit der nötigen Weitsicht zu nähern.

Dennoch wurde über dieses Thema wohl in der Verwaltung nachgedacht. Herr Mertens sichert uns in seiner Haushaltsrede zu dieses Jahr einen Vorschlag zur Baulandmobilisierung zu liefern. Außerdem kündigte er an, mehr mit der Wohnbau Westmünsterland eG zusammen zu arbeiten, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Wir haben übrigens im Gespräch mit Herrn Mertens signalisiert, dass wir einer Ausweisung von Wohnbaufläche östlich des Baumschulenweges dann zustimmen könnten, wenn dort nur „Geschosswohnungsbau“ (Mietwohnungsbau, ggf. auch Wohnungseigentum) entwickelt würde.

Ob das alles reicht und inwieweit wir hierdurch die Wohnungsnot wirklich lindern können, bleibt abzuwarten.

Auch hier gilt: Seid versichert, wir behalten das im Auge!

Eckart Grundmann

Hallenbad

Endlich! Im Wirtschaftsplan der Badgesellschaft sind in diesem Jahr 160.000 Euro für das Vergabeverfahren, den Projektsteuerer und Projektplaner eingestellt. Wir erwarten jetzt, dass diese Mittel auch verausgabt werden, damit der dringend erforderliche Neubau des Bades eingeläutet werden kann. Das Hallenbad muss sämtliche Anforderungen erfüllen, die unser Selbstverständnis erfordert. Wir sind Schul- und Sport- und Gesundheitsstadt. Da stellt sich für uns nicht die Frage, ob wir ein separates Becken für Reha-Angebote benötigen, oder einen 1- sowie 3-Meter Sprungturm. Die Frage nach Sauna oder Fitnessbereich ist da schon etwas kniffliger. Sollten diese Bereiche einen positiven Deckungsbeitrag liefern können, muss die Frage einer Realisierung auch hier mit JA beantwortet werden. Um die mit einem Neubau verbundenen Unwägbarkeiten möglichst klein zu halten, halten wir es für sinnvoll, auf bewährte, bereits realisierte Bauprojekte zurückzugreifen. In der Kreisstadt Leer (Ostfriesland) etwa steht ein neues Hallenbad, dass nach meinem Dafürhalten genau dem entspricht, was wir suchen. Lasst uns doch diesen Bau als „Blaupause“ nutzen, das spart Zeit, Kosten und wir wissen schon vorher, was für unser Geld erhalten.

Burg Wolfsberg

Das Thema Burg Wolfsberg soll jetzt ebenfalls endlich angepackt werden. Im Maßnahmen- und Investitionsplan 2030 ist dieses Vorhaben als „priorisiert“ gekennzeichnet. 50.000 Euro beträgt der Ansatz für einen Städtebaulichen Wettbewerb „Nutzungskonzept der Burg Wolfsberg“. Wir unterstützen das vorbehaltlos, denn erinnern wir uns: Bei den Beratungen 2021 hat unsere Fraktion genau diesen Antrag gestellt. Wir forderten 50.000 Euro für die Durchführung eines Ideenwettbewerbs für die Folgenutzung der Burg. Besser spät als nie. 10.000 Euro für die Instandhaltung des Gebäudes erscheinen uns zwar als sehr niedrig angesetzt. Hoffen wir darauf, dass er zumindest ausreicht, um einen Substanzverzehr zu verlangsamen.

Fazit

Ich fasse zusammen:

Natürlich wurmt es uns schon irgendwie, dass sich viele Maßnahmen, die wir in der Vergangenheit vergeblich gefordert haben, erst in diesem Jahr in den Maßnahmenlisten wiederfinden:

- Kommunaler Wärmeplan
- Nutzungskonzept Burg Wolfsberg
- Gründung einer Wohnungsbau-Beteiligungsgesellschaft

Aber wir sind vor allem erfreut, dass unsere Impulse nun doch Wirkung gezeigt haben. Diese wie auch der Großteil der vorgesehenen Maßnahmen und Investitionen dieses Jahres sind geeignet, zur positiven Entwicklung unserer Stadt beizutragen. Insbesondere die ersten geplanten Schritte zur Diversifizierung der Einnahmequellen und die verstärkte Bemühung um eine nachhaltige Finanzpolitik verdienen ein gewisses Maß an Anerkennung.

Deshalb können wir Grünen dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 zustimmen. Diese Zustimmung geht allerdings mit einem gehörigen Vertrauensvorschuss einher. Bitte betrachten Sie unsere Zustimmung als eine Art "Bewährungsprobe" für Verwaltung und Mehrheitspartei. Wir erwarten mehr nur als schöne Worte und Absichtserklärungen.

Denn die Umsetzung dieser Pläne stehen ja noch aus. Wir verstehen unsere Aufgabe als größte Opposition darin, das Geschehen genau zu beobachten und immer wieder nachzuhaken, dass die tatsächlich getroffenen Maßnahmen den zuvor erklärten Zielen und Absichten entsprechen.

Wir werden wie stets ein wachsames und kritisches Auge auf die Finanzpolitik, das Verwaltungshandeln, die Wohnpolitik, die Stadtentwicklung und vor allem auf die Klimapolitik haben.

Abschließend danke ich allen, die am Entstehen des Etatentwurfes beteiligt waren und Ihnen, meine Damen und Herren für Ihr Interesse an unseren Ausführungen.